

Zonenflucht gefährdet SED-Programm

Schauprozesse und Verleumdungen sollen Tatsachen verschleiern

252 870 Menschen aus Ostberlin und der Sowjetzone haben 1955 den Weg nach dem Westen gewählt. Damit sind seit dem Jahre 1949 mehr als eine Million Menschen aus dem SED-Bereich geflüchtet. In dieser Zahl sind alle jene Zonenbewohner nicht enthalten, die unter Umgehung der Flüchtlingsbehörden in die Bundesrepublik eingewandert sind. Feststeht jedenfalls, daß die Bevölkerungsziffer der Sowjetzone von 17,89 Millionen Menschen im Jahre 1949 auf 16,14 Millionen im Jahre 1956 abgesunken ist. Bedenkt man, daß ein großer Teil dieser Flüchtlinge für die Produktion und das Wirtschaftsleben der Zone nahezu unersetzlich sind, versteht man auch die tiefgreifende Furcht der SED vor einer weiteren Abwanderung.

Die SED hat versucht, durch mannigfaltige politische Kampagnen dieser Fluchtbewegung zu steuern. Es ist ihr nicht gelungen. Unfähig, die tatsächlichen Gründe der Zonenflucht zu erkennen, unfähig, ein System zu schaffen, aus dem die Menschen nicht mehr zu Hunderttausenden ihre Heimat verlassen müssen, verfällt die SED auf das Argument der „Abwerbung“.

Die SED sagt: Ein Zonenbewohner, der nach dem Westen flieht, ist „abgeworben“. Westliche Propaganda oder Agenten westlicher Geheimdienste haben ihn zu diesem Schritt veranlaßt. Sie will und kann nicht die tieferen Ursachen der Massenflucht aus ihrem Machtbereich erklären. Verkündet sie aber eine solche These der „Abwerbung“, müssen auch die „Abwerber“, die „Handlanger der Monopolisten und Militaristen“, gefunden werden.

Nun ging dieser Tage in Ostberlin ein neuer Schauprozess über die Bühne des Obersten SED-Gerichts. Zwei Todesurteile wurden gefällt. Das Gericht warf den Angeklagten in erster Linie vor, Techniker und Wissenschaftler zur Flucht nach dem Westen überredet zu haben. Einige dieser Ingenieure sind bekannt. Sie verließen die Zone, weil ihnen SED-Betriebsfunktionäre und mißtrauische SSD-

Agenten das Leben unerträglich machten. Weil sie nicht imstande waren, in einer Atmosphäre steten Mißtrauens, bürokratischer Hemmnisse und ökonomischer Unfähigkeit ihre Forschungsarbeit durchzuführen. Kein kleiner Sachbearbeiter oder Kraftfahrer hätte sie darauf aufmerksam zu machen brauchen.

Die Angeklagten haben „gestanden“. Zwei von ihnen werden — vermutlich entgegen den Zusagen ihrer Vernehmer — hingerichtet. Die Beweisführung des Gerichts birgt eine solche Kette politischer und juristischer Dummheiten, daß jeder die Protokolle dieses Prozesses lesen sollte. In der Bundesrepublik sind schätzungsweise 4000 bis 5000 Kommunisten ständig unterwegs, um westdeutsche Facharbeiter und Ingenieure unter Versprechungen und Vortäuschungen zur Übersiedlung in die Zone zu veranlassen. Ihr Erfolg ist gleich Null, aber niemand stellt ihre Bemühungen unter Strafe. Im Osten gibt es für ein gleiches Delikt — das hier sogar überflüssig wäre — die Todesstrafe...

Die Bahnhofsmissionen

Relativ spät werden im Westen die internen Zusammenhänge der SED-Kampagne gegen die Evangelischen Bahnhofsmissionen in der Zone bekannt.

Jetzt kann festgestellt werden, daß der SSD allein im Gebiet um Berlin in mindestens drei Fällen bereits vor Monaten SSD-Spitzen an diese Bahnhofsmissionen heranzuschleusen versuchte. Der SSD war und ist der Meinung, daß die aus der Zone — vor allem aus den Landgebieten — strömenden Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Westen bei den Bahnhofsmissionen Rat und Hilfe suchten. Aus dieser Vermutung konstruierte der SSD eine regelrechte Verschwörung, in der die Bahnhofsmissionen als „Abwerbe“-Stützpunkte fungieren.

Das es lächerlich gewesen wäre, mit derartigen Argumenten gegen eine solche Institution vorzugehen, packte man es härter an: Den Missionen wurde Militärspionage vorgeworfen! Die diesbezüglichen SSD-„Enthüllungen“ entbehren nicht der Komik. Aber es steckt böse Absicht und viel Infamie hinter diesen Thesen. Die SED ist nicht imstande, die Fluchtbewegung mit den Mitteln der Vernunft und der politischen Einsicht zu stoppen. Jede der jetzt laufend verkündeten Radikalmaßnahmen muß zwangsläufig Tausende neuer Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Das Regime aber braucht diese Menschen. Für die Armee, für die Rüstungsindustrie, für die Aufrechterhaltung der Lebensadern Mitteldeutschlands. Was der „Saboteur“ für das ökonomische Versagen der SED war, bedeutet nun der „Abwerber“ zur Begründung und versuchten Eindämmung der Zonenflucht. Es war nicht der letzte Prozeß in dieser Sache. Kommunisten sind hartnäckig, und hauptsächlich dann, wenn sie sich offen im Unrecht wissen.

Erst Lösung der Streitfragen

WG. Die in Washington erfolgte Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin und dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower bestätigt das, was vorher bereits vermutet wurde, nämlich, daß die Sowjets den Amerikanern einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt angeboten haben. Es ist nicht das erste Mal, daß ein solches Angebot erfolgt, und es ist auch nicht das erste Mal, daß es in höflicher Form abgelehnt wird. In dem Brief Bulganins äußert sich dennoch eine Tendenz, die einmal Wirklichkeit werden muß, wenn ehrlichen Sinnes der Weltfriede gesichert werden soll: die Verständigung zwischen Moskau und Washington. Das ist der Angelpunkt einer friedlichen internationalen Entwicklung, die vor allem von diesen beiden Mächten getragen sein muß. Wir haben den Wunsch und die Hoffnung, daß auf beiden Seiten genügend guter Wille vorhanden ist, um eine solche Verständigung im gegebenen Zeitpunkt zu verwirklichen, — aber auch genügend Einsicht, um die für sie notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Anfang und Ende

Bulganin begehrt den Fehler, das, was an das Ende gehört, an den Anfang zu setzen. Ein Freundschaftspakt kann aber nicht nur der formale Akt eines Vertragsschlusses sein, der die ungelöst gültigen Streitfragen der Weltpolitik unberührt läßt. Er kann vielmehr nur das Ergebnis einer Entwicklung sein, die eine gute Lösung der strittigen Fragen herbeiführt. Die Wirklichkeit muß dem Pakt entsprechen, wenn er einen freundschaftlichen Sinn und mit ihm auch dauerhaften Bestand haben soll. Wir haben auf diese politischen und psychologischen Zusammenhänge, die unbestreitbar sind, bereits gestern hingewiesen. Sie bilden auch den Kernpunkt der Antwort, die Präsident Eisenhower dem sowjetischen Ministerpräsidenten übermittelt hat. Es kommt in

der Tat nicht so sehr darauf an, die Verpflichtung zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen, die ohnehin allen UN-Mitgliedern feierlich auferlegt ist, zum Inhalt eines zweiseitigen Vertrages zu machen; vielmehr ist es notwendig, eben diese Streitfragen endlich im Geiste des Rechts und der Vernunft zu lösen. Das eine sind geschriebene Worte, das andere überzeugende Taten.

Auf diesen Unterschied hat Eisenhower in seiner Antwort den sowjetischen Ministerpräsidenten aufmerksam gemacht. Wir sind ihm dankbar dafür, daß er auch diese Gelegenheit benutzte, um auf die „gewaltigen Veränderungen“ hinzuweisen, die in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und in der ganzen Welt eintreten würden, wenn die Sowjetunion sich zum Beispiel dazu entschließen könnte, „Deutschland innerhalb eines Rahmens der Sicherheit in Freiheit zu vereinen“. Das ist allerdings ungefähr das Gegenteil dessen, was jetzt in Prag geschehen ist.

Man kann den Briefwechsel zwischen Bulganin und Eisenhower als einen Hinweis und eine Hoffnung auf gewisse Möglichkeiten betrachten, die in dem noch erfolglosen Gedankenaustausch enthalten sind. Es ist notwendig, sie in der weiteren Entwicklung zu nutzen und deutlicher zu präzisieren. Deutschland muß und wird im eigensten Interesse dazu beitragen, daß solche Möglichkeiten fruchtbar gemacht werden. Eines der Mittel, die ihm hierzu verfügbar sind, ist der neugeknüpfte diplomatische Kontakt mit Moskau. Wie immer man die deutsch-sowjetischen Beziehungen betrachten und ihre weitere Entwicklung abschätzen mag: immer stößt man auf die Spaltung Deutschlands als den Kernpunkt alles dessen, was das Verhältnis der beiden Völker unweigerlich bestimmt.

Zwischen Bonn und Moskau

In den nächsten Tagen wird sich das Vorkommando zur Einrichtung der deutschen Botschaft auf die Reise nach Moskau begeben. Dort ist noch vieles zu ordnen, bis Botschafter Haas, der gegenwärtig seine Tätigkeit in Ankara zu Ende führt, das wichtige Amt über-

nehmen kann. Man rechnet damit, daß das gegen Ende des Monats Februar möglich sein wird. Erst dann sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die gegenwärtig noch einseitig über den sowjetischen Botschafter in Bonn verlaufen, in technisch-organisatorischer Hinsicht vollständig und normal. Daß sie damit in politischer Beziehung noch nicht „normalisiert“ sind, ist an dieser Stelle oft genug betont worden. Normale oder gute oder sogar freundschaftliche Beziehungen sind nicht möglich, solange der Kreml in Deutschland zwei Botschaften unterhält: eine diplomatische Mission in Bonn und eine diplomatische Fiktion in Pankow. Diese ist eine aus undemokratischer Gewalt hervorgegangene Anomalität, ein Ärgernis für alle Deutschen, das jeder echten Normalisierung im Wege steht. Das berührt nicht die Notwendigkeit und den Nutzen des nun bestehenden Kontaktes, den wir begrüßen, und dessen Sinn es gerade ist, die bestehende Anomalität zu überwinden.

Gesetz der Gegenseitigkeit

Die Einrichtung der deutschen Botschaft in Moskau wirft einige Fragen auf, die in der guten alten Zeit nicht zur Erörterung standen. Der Kreml hat bekanntlich die Rechte der in Moskau tätigen Botschafter fremder Mächte in den Zeiten Stalins empfindlich beschnitten. Diese Beschränkungen betreffen vor allem die persönliche Bewegungsfreiheit, die über Moskau hinaus eng begrenzt ist, und auch die Beschäftigung des notwendigen Hilfspersonals. Die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau wurden, wie Außenminister v. Brentano versicherte, auf der Basis der absoluten Gegenseitigkeit geführt. Das bedeutet praktisch, daß der sowjetischen Botschaft in Bonn keine Rechte und Vergünstigungen gewährt werden können, die der deutschen Botschaft in Moskau genommen sind. Wir erwarten das wenigstens.

Der Einwand, wir seien doch ein freies Land und könnten also einem schlechten Beispiel

(Fortsetzung auf Seite 7)

Sorin in Bonn sehr aktiv

Bonn (Eigenbericht). Über die neue Sowjetbotschaft in Bonn sind die Visa für die Beamten des Auswärtigen Amtes, die dem Vorkommando für die Errichtung der deutschen Botschaft in Moskau angehören, in Bonn eingetroffen. Die Visa waren bereits am Vortage angekündigt worden. Das Vorkommando wird jetzt nach Moskau abreisen. Botschafter Dr. Haas und das übrige Personal der Botschaft werden wahrscheinlich erst gegen Ende des Monats nachfolgen.

Der sowjetische Botschafter Sorin entfaltet eine lebhafteste Aktivität, die vom Auswärtigen Amt genau beobachtet wird. Er hat inzwischen bei allen Bundesministern seine Karte abgegeben und damit das Recht erhalten, sich jederzeit an sie zu wenden.

Sorin wird, wie bereits gemeldet, eine Einladung des Rhein-Ruhr-Clubs in Düsseldorf annehmen und vor diesem Gremium seinen ersten öffentlichen Vortrag in der Bundesrepublik halten. Es wäre aber falsch, an die Einladung des Rhein-Ruhr-Clubs die Vermutung zu knüpfen, daß die westdeutsche Großindustrie möglichst rasch Verbindung zu Sorin aufnehmen wolle. Der Rhein-Ruhr-Club ist nicht, wie man gewöhnlich annimmt, eine Vereinigung der Großindustriellen, sondern vielmehr ein Verband von Kaufleuten sowie kleinen und mittleren Industriellen aus dem

Rheinland und dem westlichen Ruhrgebiet.

Gedenk-Medaille überreicht

Berlin (Eigenmeldung). Im Namen des amerikanischen Kongresses hat der politische Direktor der USA-Mission in Berlin, Bernard Gufler, eine Benjamin-Franklin-Gedenkmedaille an den Vorsitzenden der Franklin-Stiftung, Ralph Walker, überreicht. Der feierlichen Übergabe der Medaille wohnte Eleanor Dulles, die Schwester des US-Außenministers, bei.

Kirche unterstreicht ihren Anspruch

Angriffe auf ihre Einheit abgewiesen

Berlin (Eigenmeldung). Ihren Anspruch auf Wahrung der kirchlichen Einheit unterstreicht die evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg in einer Erklärung, die sich mit der Aktion gegen die evangelische

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof I
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Bahnhofsmision in der Sowjetzone und in Ostberlin befaßt. Sie nimmt zu der Anordnung des Zonen-Innenministeriums Stellung, nach der den Mitarbeitern der Bahnhofsmision jede Verbindung zu Westberlin und Westdeutschland untersagt wird.

Diese Anordnung richtet sich gegen die Einheit der Evangelischen Kirche, ihre Ordnung und Verwaltung. In diesem Zusammenhang beruft sich die Kirchenleitung auf den Beschluß der Berlin-Brandenburgischen Provinzialsynode vom August 1952, in dem die Einheit der Kirche als eine im Glauben fundierte Lebensgemeinschaft proklamiert wurde.

Mietverbilligte Wohnungen

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner Senat wird eine Vorlage über den Bau von mietverbilligten Wohnungen für Minderbemittelte beraten. Über die bisher bestrittene Frage der Finanzierung soll man sich nunmehr geeinigt haben. Es sollen Zinssubventionen für die Bauherren im sozialen Wohnungsbauprogramm geplant sein. Der Mietpreis für diese Wohnungskategorie wird voraussichtlich zwischen 80 Pfennigen und einer Mark pro Quadratmeter liegen.

Landwirtschaft vor dem Wendepunkt

Lübeke auf der Bauernkundgebung in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). In einer Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes anlässlich der Grünen Woche in Berlin hat Bundesernährungsminister Dr. Lübeke erklärt, die Landwirtschaft stehe in den nächsten Wochen an einem Wendepunkt. Er habe keinen Grund, den Entscheidungen, die kommen müssen, mit Pessimismus entgegenzusehen. Sein bester Helfer im Kabinett bei der Erledigung landwirtschaftlicher Fragen sei immer der Bundeskanzler selbst.

Bürgermeister Amrehn, der unter den Gästen auch Bundesminister Kaiser begrüßte, appellierte angesichts des Ministerbesuches an die Bundesrepublik, die Grundlagen Berlins, wenn die Stadt schon die einzige augenblickliche Klammer der beiden Teile Deutschlands sei, zu stärken für ihre weiteren Aufgaben.

Der Präsident des Verbandes,

Bundestagsabgeordneter Bauknecht, der die Wiedervereinigung als Anliegen auch der Landwirtschaft unterstrich, forderte finanzielle Anerkennung für die Leistung des Bauern, die jedoch, wie Prof. Raederscheidt von der Deutschen Bauernhochschule Fredeburg sagte, heute vor allem die Wertung in der Öffentlichkeit vermisste, die sie als wertvolle Hilfe der Volksgemeinschaft verdiene.

Ernährung etwas billiger

Berlin (Eigenmeldung). Der Preisindex für Ernährung ist in Westberlin im Januar leicht um 0,9 Prozent zurückgegangen. Die Hauptursache dafür war das Nachlassen der Eierpreise, die um nicht weniger als 20,7 Prozent auf ein Niveau von 100,1 Prozent, Preisbasis 1950, fielen. Insgesamt liegt der Preisindex für Ernährung um 2,6 Prozent höher als im Januar 1955.

Norwegen protestiert in Moskau

„Invasion“ sowjetischer Fischdampfer an der Küste

Oslo (AP/DPA). Norwegen hat einen offiziellen Protest gegen eine „sowjetische Invasion“ in seinen Fischgründen angekündigt. Die Osloer Regierung entsandte Flottenverstärkungen zum Schauplatz des Zwischenfalls, in den etwa 70 bis 80 sowjetische Fischereidampfer innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer im Aalesund verwickelt sind. Außenminister Lange, der von der Tagung des Nordischen Rates in Kopenhagen eilig nach Oslo zurückkehrte, erklärte, daß Norwegen den Zwischenfall als sehr ernst betrachte.

Die „Invasion“ begann am Sonntag, als 70 bis 80 sowjetische Fischdampfer vor der norwegischen Küste auftauchten. Norwegische Heringsfischer — denen sonntags die Ausfahrt zum Fischfang gesetzlich verboten ist — richteten sofort einen Protest an die zuständigen Behörden in Oslo. Am Montag brachten Schiffe der norwegischen Kriegsmarine vier sowjetische Fischdampfer auf, die innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer fischten. Am Dienstag wurden dann das Mutterschiff der sowjetischen Flotte und acht weitere Boote aufgebracht und in den Hafen von Aalesund geleitet, wo sie von norwegischer Polizei bewacht werden.

Der Kapitän des Mutterschiffes, der zu einem Verhör gebracht werden sollte, weigerte sich, von Bord zu gehen, bevor ein Vertreter des sowjetischen Konsulats eingetroffen sei.

Die norwegische Öffentlichkeit reagierte sehr lebhaft. Nach Ansicht politischer Beobachter handelt es sich bei dem sowjetischen Vorgehen um eine sorgfältig geplante Aktion.

Die Lage wird wegen des geplanten Besuches des sowjetischen Fischereiministers Ischkow als besonders peinlich empfunden. Ischkow soll am Freitag als Gast der norwegischen Regierung in Oslo eintreffen. Er beabsichtigt, am 7. Februar die Fischgründe von Aalesund — also den Schauplatz der gegenwärtigen Zwischenfälle — aufzusuchen.

DGB setzt Säuberung fort

Kommunistisches Ortskartell aufgelöst

Frankfurt (DPA). Der hessische DGB-Vorsitzende Hans Wiegand hat in Frankfurt mitgeteilt, daß das kommunistisch geleitete Ortskartell des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Groß-Zimmern (Kreis Duisburg) aufgelöst wird. Das Kartell, in dem die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften von Groß-Zimmern zusammen arbeiten, hatte auf Anregung eines KP-Mitgliedes einen Mißtrauensantrag gegen den DGB-Vorsitzenden Freitag beschlossen und gegen die Fortsetzung des KP-Prozesses und die Entlassung von Dr. Agartz protestiert.

Düsseldorf (DPA). Der Vor-

Karl Arnold für Ost-West-Begegnung

Düsseldorf (AP/DPA). Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold hat sich auf einer Delegiertentagung des Landesjugendringes in Düsseldorf für eine Verstärkung der Kontakte zwischen der Jugend der Bundesrepublik und der Sowjetzone eingesetzt. Die Ost-West-Begegnung sei die vorrangigste und weitaus bedeutungsvollste Aufgabe, die in Zukunft mehr als bisher mit Mitteln des Landesjugendplanes gefördert werden soll.

Arnold sagte, der Demokratie drohten Gefahren nicht nur durch die „Unterdrückung der Freiheit“, sondern auch durch den „Mißbrauch der Freiheit“.

stand des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen im Deutschen Gewerkschaftsbund hat sich geschlossen hinter die Maßnahmen der Industriergewerkschaft Bau, die unlängst 15 hauptamtliche und über 100 ehrenamtliche kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre ihrer Posten enthaben hatte, gestellt. Der Landesbezirk werde sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch wehren, die Gewerkschaftsbewegung für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen, heißt es in einer Erklärung.

Rentenausgleich in DMWest?

Berlin (Eigenmeldung). Die drei Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben den Senat in einem gemeinsamen Antrag er sucht, durch Verhandlungen mit der Bundesregierung eine gesetzliche Regelung zu erreichen, damit die Bewohner Ostberlins, soweit sie Beiträge zur Rentenversicherung in DM West gezahlt haben, die entsprechenden Steigerungsbeträge in DM West auch erhalten.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Bewohner Ostberlins, die in Westberlin arbeiten und Beiträge zur Rentenversicherung in DM West zahlen, ihre Rente später von der Versicherung in DM Ost erhalten. Dies sei eine unbillige Härte.

US-Atomkommission warnt

Gefahren des radioaktiven Staubes

Washington (AP/DPA). Die US-Atomenergiekommission erklärt in ihrem neuesten Bericht, daß bei einem Einsatz von Atomwaffen im großen Rahmen „wahrscheinlich große Teile der Weltbevölkerung durch radioaktiven Staub in Mitleidenschaft gezogen werden würden“. Die Atomenergiekommission sei sich dieser Gefahren bewußt und beschäftige sich mit diesem Problem bereits seit 1948.

Die Kommission teilte ferner mit, die jährlichen Ausgaben für Atomwaffen und Atomforschung von 785 Millionen Dollar

sollen auf über eine Milliarde ansteigen. In ihrer Bilanz der amerikanischen Atomrüstung und -forschung gab die Kommission außerdem bekannt, daß die USA zur Zeit Ausgangsstoffe für Atomwaffen und Atomenergiegewinnung im Werte von über einer Milliarde Dollar im Vorrat haben. Es wird die Hoffnung geäußert, daß es gelingen werde, die Energie des atomaren Verschmelzungsprozesses, der der Explosion einer Wasserstoffbombe zugrunde liegt, zu bändigen und für friedliche Zwecke auszunutzen.

So sind sie wirklich:

Moskaus Mann im Hintergrund

In Ostberlin - Lichtenberg, in zwei bescheidenen Räumen des „Instituts für Zeitgeschichte“, arbeitet gelegentlich ein ruhiger, zuweilen in sowjetischer Begleitung auftauchender Mann. Das Auffälligste an diesen Räumen ist ein überdimensionaler Panzerschrank, um den es bereits schwere politische Auseinandersetzungen gegeben hat. Hier ruhen Pläne und Analysen einer kommunistischen Deutschlandpolitik, wie sie im SED-Zentralkomitee nie geäußert werden dürften. Aber der Mann, der sie verfaßt, gehört auch nicht der SED an, jedenfalls nicht offensichtlich, und seine Analysen sind das Produkt unvoreingenommener Überlegungen und einer tiefen Sachkenntnis. Einer Sachkenntnis, die man eigentlich nur in der Deutschland-Abteilung des Moskauer Außenministeriums zu schätzen weiß.

„Die Etappe ist wichtiger!“

Der Mann im „Institut Bittel“, wie das Lichtenberger Unternehmen von SED-Genossen wegen seines eigentlichen Leiters genannt wird, ist Franz Dahlem, der einstige Gegenspieler Ulbrichts, der im Mai 1953 aus der Partei ausgeschlossene und amtsentthobene Chef der SED-„Westkommission“. Jener Abteilung des SED-Zentralkomitees, die für die gesamte Deutschlandpolitik der SED verantwortlich war.

Franz Dahlem wurde 1892 als Sohn eines Weichenstellers in Lothringen geboren. Über die SPD und die USPD kam er nach dem ersten Weltkrieg zur KPD, die ihn als Kölner Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten nominierte. Als Redakteur des KPD-Zentralorgans verurteilte Dahlem das zeitweilige Zusammengehen der Parteiführung mit den Nazis, mußte sich öffentlich korrigieren und wurde als unbequemer Journalist in den Reichstag abgeschoben. Erst auf Anweisung der Komintern nahm ihn Thälmann in sein Politbüro auf. Seit dieser Zeit ist man im Apparat davon überzeugt, daß Dahlem in Moskau stärksten Rückhalt hat.

Hitler sperrte den Reichstags-

FRANZ DAHLEM



abgeordneten Dahlem in ein KZ. Französische Freunde verhalfen ihm zur Flucht. Über Südfrankreich gelangte er nach Spanien und wurde als Politikkommissar der Internationalen Brigaden im Bürgerkrieg eingesetzt. Spanienkämpfer zitieren noch heute Dahlems Schlagwort: „Die Etappe ist wichtiger, die Front kämpft von alleine!“ Dahlem ist keinen Tag an der Front gewesen. Aber er zerstückte in der Etappe alle oppositionellen und trotzkistischen Gruppen. Zusammen mit dem Sowjetkommissar Jegorow säuberte er das Hinterland bis Barcelona, zum Leidwesen der Front allerdings auch von den fähigsten Offizieren.

„Warum sitzen wir nicht in Hamburg?“

Spanien ging verloren. Die Sowjets nahmen lieber diese Niederlage in Kauf, als eine nicht hundertprozentig einheitliche kommunistische Partei an der Macht zu wissen. Nach Frankreich geflüchtet, wurde Dahlem interniert und 1942 von der Vichy-Regierung in die Gestapo ausgeliefert. Im KZ Mauthausen gelang es Dahlem, eine bewaffnete Widerstandsgruppe aufzuziehen, die das Lager samt einigen Dutzend gefangenen SS-Leuten den Amerikanern übergab.

Dahlems erste Rede in Ostberlin stand unter dem Motto: „Warum sitzen wir nicht in

Hamburg?“ Vor 800 KPD-Funktionären behauptete er, nur eine gesamtdeutsche kommunistische Politik gebe der KPD die Chance, an die Macht zu kommen bzw. an der Macht zu bleiben. Dahlem wurde Leiter der Abteilung Westdeutschland, später der „Westkommission“, im Zentralkomitee. Als Mitglied des Politbüros verurteilte er Ulbrichts Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Teile Deutschlands“. „Sozialismus entweder in ganz Deutschland oder überhaupt nicht“, sagte Dahlem. „Und das geht nicht über die Gewalt, sondern nur über die Vernunft!“

Kurz vor dem Juni-Aufstand ließ Ulbricht Dahlem unter Bezugnahme auf die Prager Enthüllungen des Slansky-Prozesses aus dem Parteiapparat entfernen. Offiziell behielt er die Parteimitgliedschaft, tatsächlich aber wird er zur Zeit von keiner SED-Organisation, auch nicht im „Institut Bittel“, geführt. Ulbricht fürchtet diesen Mann. Er ließ ihn verhaften, dann setzte er ihn unter Hausarrest. Bis die Russen sagten: „Nun ist es genug! Franz Dahlem arbeitet für uns an wissenschaftlichen Expertisen.“

Diese „wissenschaftlichen Expertisen“ sind eine einzige Anklage gegen Ulbrichts Politik. Dahlem hat von 1952 bis auf den heutigen Tag die gesamtdeutsche Entwicklung verhältnismäßig richtig beurteilt und vorausgesehen. Er bediente sich des umfangreichen Spionagenetzes der „Nationalen Front“, um zu einer realen, von keiner subjektiven Meinung getrüben Situationsbestimmung zu gelangen. Heute, wo die Sowjets nicht nur in Sonderbotschaften an Präsident Eisenhower eine für sie friedlichere Lösung europäischer Fragen ersehen, ist Moskau ein Mann wie Dahlem mehr als nur einen Rubel wert. Es scheint, als sei der im Hintergrund arbeitende Mann aus Lichtenberg ihnen mehr wert, als zehn Moskaubesuche des Ersten SED-Sekretärs.

„Nationalarmee“ unter Sowjetkommando

Prager Deklaration schließt militärische Entwicklung ab

Im Verlauf aller bisher im Sowjetzonengebiet durchgeführten militärischen Maßnahmen wurde die von der SED geschaffene „Nationale Volksarmee“ in der vergangenen Woche in den sowjetischen Militärblock aufgenommen. Damit stehen Armee, Rüstungsindustrie und halb-militärische Verbände künftig außerhalb von Entscheidungen des SED-Zentralkomitees. Das in Prag bestätigte gemeinsame Oberkommando unter Sowjetmarschall Konjew wird fortan wichtige Entscheidungen bezüglich der Struktur der Sowjetzonenindustrie und der Rekrutierung für die Armee zu fällen haben. Die Ernennung des „Verteidigungsministers“ Stoph (SED) zu einem der Stellvertreter Konjews ist demgegenüber ein rein dekorativer Akt.

Diese jüngsten Prager Geschehnisse wurzeln nicht in einer Veränderung der welt-politischen Situation. Bereits im November 1954 traten Generalstähler der damaligen KVP, Mitglieder des SED-Politbüros und die Militärchefs der Ostblockarmeen zu einer Karlsbader Konferenz zusammen, auf der die jetzt verkündete Aufnahme der Sowjetzone in den östlichen Militärblock bis in alle konkreten Einzelheiten festgelegt worden ist. Damals wurde bereits die Frage der Bewaffnung der Zonenarmee, ihres militärischen Nachschubs, ihrer Personalstärke und ihrer Kommando-Schaltung geklärt.

SED will 350 000 Mann

Auf jener Konferenz erklärte sich die SED bereit, als Kontingent für ein kommunistisches Militärpaktsystem 350 000 Mann stationierender Truppen bereitzustellen. Dazu sollten etwa 150 000 Reservisten als jederzeit

greifbare Reserve dienen. Vormilitärische und halb-militärische Verbände sollten eine Zahl von annähernd 300 000 ausgebildeter Militäránwärter in Bereitschaft halten.

In Verfolgung dieser Absicht hatte die SED ein Programm aufgestellt, das die Erhöhung der KVP-Effektivstärke bis Ende 1955 auf 180 000 Mann vorsah. Dieses Programm wurde nicht erfüllt. Die Massenflucht Jugendlicher und die Fehlschläge der Zwangsrekrutierung haben die militärische Planung durchkreuzt. Rund 50 000 Mann fehlen der SED zur Erreichung ihres gegenwärtigen Rekrutierungsplanes. Wieviel sie darüber hinaus dem Sowjetblock versprochen hat, ist zur Stunde niemandem bekannt. Stoph erklärte in Ostberlin, man werde die Armee auf eine „angemessene Stärke“ bringen. Damals in Karlsbad betrug diese „angemessene Stärke“ 350 000 Mann. Es ist nicht anzunehmen, daß

es inzwischen weniger geworden sind.

Nur wenig verlautet aus dem Apparat der sowjetzonalen Armee. Jede militärische Planung erfolgt unter Ausschaltung von Regierung und Parteiapparat. In der sowjetischen Botschaft Unter den Linden weiß man mehr über Ausrüstung und Einsatzziel dieser „deutschen“ Armee als im „Haus der Ministerien“ oder selbst im SED-Zentralkomitee. Aber die Anordnung der neuen sowjetzonalen Wehrkreise, die Staffeln der Armeekorps, die Art der Rekrutenauswahl und die laufend eintreffenden Waffentransporte aus Polen und der Tschechoslowakei lassen bereits ernsthafte Rückschlüsse auf die Gestalt der „Nationalen Volksarmee“ zu.

Zone stellt die Infanterie

Die Sowjetzone liegt im Vorfeld jedes sowjetischen strategischen Planes. Zwischen ihr und der Sowjetunion sowie an ihrer gesamten Südfanke liegen Länder, deren Völker ohne ihren Willen zum Sowjetblock gehören. Kein Ostblock-Generalstähler vermag heute zu sagen, wie sich die Soldaten dieser Länder im Ernstfall verhalten werden. Das aber drückt diesen Truppen den Stempel der Unzuverlässigkeit auf. Man hat aus gründlichen Überlegungen heraus die Aufstellung der sowjetzonalen Luftwaffe verzögert. Die KVP besaß Ende 1955 rund 10 000 ausgebildete Militärpiloten, aber nicht ein einziges militärisches Luftgeschwader. Man wird ihr auch im neuen Militärplan keine wesentliche taktische Luftwaffe zugestehen.

So stellt die Zone nunmehr die Infanterie. Die Grabenkämpfer des Ostblocks werden aus Leipzig und Dresden rekrutiert. Zweifellos hat man in Prag die Rekrutierungszahlen festgelegt. Sie sind der Preis für die Aufnahme der SED-Armee in das östliche Paktsystem. Und keine „deutsche Uniform“ und kein SED-Leutnant wird diese Rekruten darüber hinwegtäuschen können, daß die „Nationale Volksarmee“ als kleinste Kompanie und als kleinster Stoßtrupp vom Generalstab der Roten Armee dirigiert werden muß.

Spitzelnetz wird ausgebaut

Auch die Kriminalpolizei muß sich einen „Apparat“ schaffen

Berlin (DPA/Eigenmeldung). In der Sowjetzone geht man jetzt dazu über, das Spitzel-system noch weiter auszubauen.

Wie der Untersuchungsausschuß freihetlicher Juristen erfährt, wurde die Kriminalpolizei angewiesen, ein eigenes Spitzelnetz zu schaffen. In den zu diesem Zweck erlassenen Arbeitsanweisungen heißt es ausdrücklich, daß für die Anwerbung in erster Linie kriminell Straffällige zu berücksichtigen seien, die unter dem Druck einer sonst zu erwartenden Strafe verpflichtet werden sollten.

Über eigene Spitzelnetze verfügen bisher in der Zone der

Staatssicherheitsdienst und die sogenannten Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei.

Eine Warnung

Bonn (AP). Alle Personen, die die Sowjetzone ohne ordnungsgemäße Abmeldung verlassen haben und jetzt in der Bundesrepublik wohnen, werden vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen vor Besuchsreisen in die Zone gewarnt. In letzter Zeit sind mehrere solcher Personen bei Verwandtenbesuchen oder bei sonstigen Interzonenreisen verhaftet worden.

Eine Frau bekämpft den Krebs

Unheilbare Krankheit führte zur Tat

Rio de Janeiro (Eigenbericht). Dies sind wahrscheinlich die letzten Wochen im Leben der jungen Lehrerin aus Südbrazilien, die sich leidend die Herzen ihrer Landsleute erobert hat. Sie heißt Bernadette Gomez, ist 25 Jahre alt, und ist hierher in die Landeshauptstadt gekommen, um den kurzen Rest ihres Lebens einem Feldzug gegen den Krebs zu widmen, die Krankheit, die ihrem Leben nun bald ein Ende setzen wird.

Als sie vor einiger Zeit in den sonst ständig fußball- und sambabesessenen Rio de Janeiro eintraf, breitete sich die Nachricht ihrer Ankunft und ihres Anliegens wie ein Lauffeuer aus, und schon wenige Stunden später nannten die Schlagzeilen der Zeitungen sie die „Brau des Todes“ und überschrieben ihre Geschichte „Das zweite Lied der Bernadette“. Die wichtigsten Leute der Stadt besuchten sie, unter ihnen sogar der Staats-

präsident, der ihr die finanzielle Unterstützung der Regierung zusicherte. „Miß Brasilien“, soeben zurück von der Welt-schönheitskonferenz und ein Idol im Herzen jedes Brasilianers, berichtete im Fernseh-funk mit bewegter Stimme von ihrem Besuch bei Bernadette und startete eine Sammlung für den Bau eines „Bernadette-Hospitals“ für Krebskranke.

Die trotz allen Leids noch immer hübsche Bernadette Gomez hätte sich niemals träumen lassen, daß sie eines Tages so etwas wie eine Volksheldin sein würde. Sie war eine der vielen tausend Volksschullehrerinnen, die überall in Brasilien den Kindern Lesen und Schreiben beibringen, und in ihrem weit-abgeschiedenen Dorfe nannte man sie zärtlich „Professorinha“, kleine Lehrerin. Beim Ballspielen mit ihren Schülern brach sie sich eines Tages einen Arm, es entwickelte sich ein Ge-

schwür, plötzlich entdeckte der Arzt die gefürchteten Krebs-Anzeichen in der Lunge... es ließ sich an den Fingern abzählen, wie lange sie noch zu leben hatte. Der Arzt sagte es ihr.

Dieser Schock entfesselte ihre Tatkraft in ungeahnter Weise. Der Arzt hatte gesagt „... in einem halben Jahr, wenn kein Wunder geschieht“. Bernadette Gomez glaubte nicht an Wunder. Sie hatte wenig Zeit zu verlieren. Sie wollte anderen Krebs-kranken helfen. Ein Hospital sollte gebaut werden, schön, sauber und freundlich. Sie jagte von einer Behörde zur anderen und verlangte die Mittel. Ihrem Eifer, ihrer Begeisterung, ihren flehenden Bitten öffneten sich die Herzen selbst der „stürzten“ Beamten. Bald hatte sie viele hunderttausend Dollar zusammen, der Jockey-Club versprach ihr den Ertrag eines Pferderennens, Miß Brasilien organisierte einen Wohltätigkeitsball aller Filmgrößen, Hunderte von Volksschullehrern veranstalteten eine „Krebs-Groschen-Woche“, und es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Geschmacklosigkeit sie umwarb: Sambas wurden ihr zu Ehren komponiert und überall gesungen und gespielt.

Bernadette Gomez, eine junge Frau, die Grund genug gehabt hätte, zu resignieren und ganz für sich zu leben.

Erst Lösung der Streitfragen

(Fortsetzung von Seite 2)

des Kremles nicht gut folgen, gilt hier nicht. Das ist ein Einwand, der aus rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Gründen gemacht werden könnte, wenn bei uns etwa deutsche oder fremde Staatsbürger als kommunistische Gegner unserer Staatsordnung zum Zwecke der Vergeltung so behandelt würden wie Moskau und Pankow politische Gegner zu behandeln pflegen. Das lehnen wir ab, denn wir kennen nur das für alle gültige Gesetz.

Im internationalen und im diplomatischen Verkehr gilt indessen der Grundsatz der Gegenseitigkeit, und es ist unmöglich, auf ihn zu verzichten. Wenn das für Herrn Sorin, dem wir einen möglichst angenehmen Aufenthalt in Deutschland wünschen, Nachteile zur Folge haben sollte, so würden wir das sehr bedauern. Das könnte aber nur dadurch vermieden werden, daß Moskau wieder zu den traditionellen Gepflogenheiten der Diplomatie zurückkehrt und mehr dem diplomatischen Takt

als dem undiplomatischen Verbot vertraut. In jedem Falle nämlich kann der sowjetische Botschafter in Bonn nur genau den gleichen Status haben wie der deutsche Botschafter in Moskau — selbst wenn Herr Sorin demnächst, streng nach dem Moskauer Vorbild, das Auswärtige Amt um die Reiseerlaubnis nach Düsseldorf bitten muß, um vor dem Rhein-Ruhr-Klub zu sprechen.

Vor dem Rhein-Ruhr-Klub

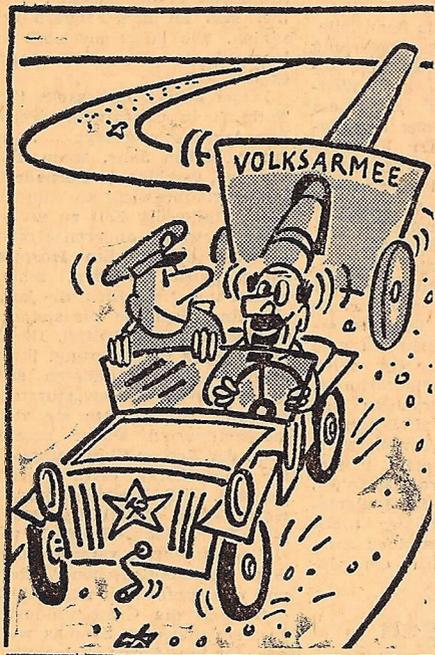
Botschafter Sorin wird in dem Düsseldorfer Klub, der ihn zu einem Vortrag eingeladen hat, einer dem Kommunismus in ökonomischem Sinne genau entgegengesetzten Welt begegnen: kleineren und größeren „Monopolkapitalisten“ und sogar „Konzernherren“. Aber von der ideologischen Urfehde wird er sicher nicht sprechen, die zwischen dem sowjetischen Staatskommunismus und der freien Wirtschaft des Westens besteht. Wir geben aber seinen Hörern den Rat, sie nicht zu vergessen, wenn er von angenehmeren Dingen spricht ...

SSD, herhören!

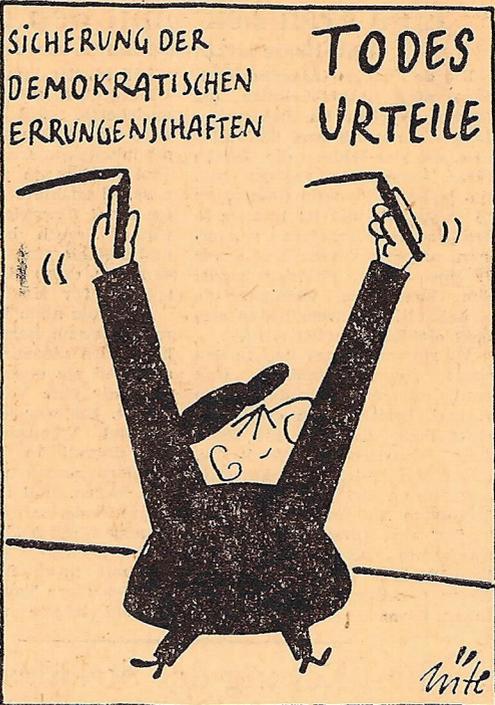
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Zu Mozarts 200. Geburtstag



Die „Reise nach Prag“



„DDR“ – Theorie und Praxis

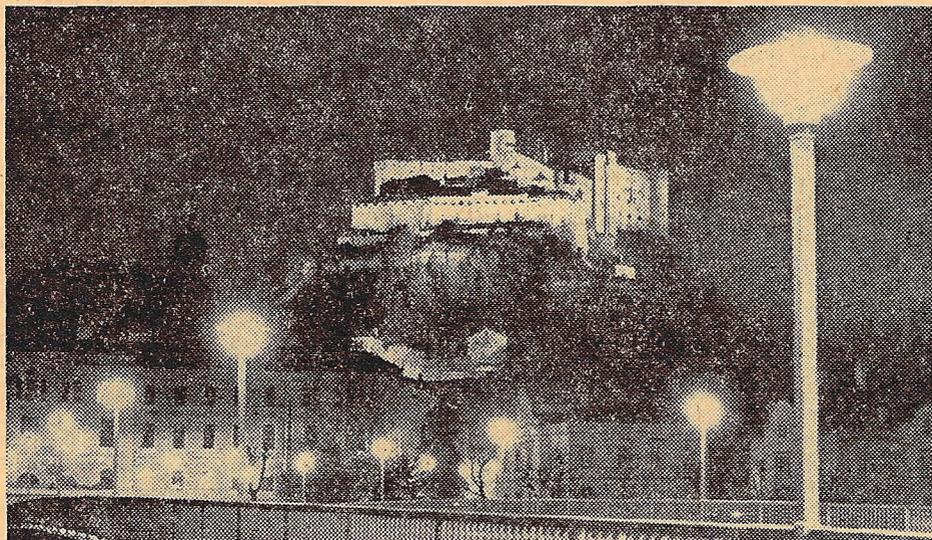


BILD DER WOCHE. In aller Welt wurde der 200. Geburtstag Wolfgang Amadeus Mozarts gefeiert. Unser Foto zeigt die ehrwürdige Burg in Salzburg, der Geburtsstadt des Komponisten, im Lichterglanz der Festtage.